Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1928

27.3.1928 (No. 74)

Visual Library

Nr. 74 Dienstag, den 27. März 1928 171. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrichstraße Nr. 14 Fernsprecher: Nr. 953 und 954 Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend. Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstags 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlfriedrichstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Letzte Nachrichten

Reichstagswahlen am 20. Mai

M. **Berlin**, 27. März. (Priv.-Tel.) **Nachdem das Reichskabinett gestern sich für den 20. Mai als Termin für die Reichstagswahlen ausgesprochen hat, und an der Zustimmung des Reichspräsidenten nicht zu zweifeln ist, hat Reichsinnenminister von Keudell nunmehr den Landesregierungen amtlich mitgeteilt, daß voraussichtlich der 20. Mai als Wahltermin genommen werden wird und sie gebeten, entsprechende Anweisungen für die Auflegung der Listen zu treffen. Der genaue Termin für die Auflegung, die 8 Tage dauern wird, wird noch bekanntgegeben.**

Der Reichspräsident empfing heute den Reichskanzler, wobei vermutlich über das Auflösungsdekret und die Anberaumung der Neuwahlen gesprochen worden ist.

Die interalliierten Schulden

M. **Berlin**, 27. März. (Priv.-Tel.) **Wie aus Paris gemeldet wird, verlautet in dortigen Finanzkreisen, daß die Verhandlungen zwischen dem französischen und englischen Schatzamt einerseits und dem französischen und amerikanischen andererseits über die Schuldenregelung für dieses Jahr bereits begonnen haben. Die französischen Leistungen betragen rund 60 Millionen Dollar, dazu kommen noch die Summen für das Heeresgut, das von den Amerikanern Frankreich überlassen wurde, und die im September 1929 fällig sind, falls nicht vorher das Beranger-Abkommen ratifiziert wird. Die englischen Verpflichtungen betragen für 1928 8 Millionen Pfund.**

Die Lage auf dem Balkan

M. **Berlin**, 27. März. (Priv.-Tel.) **Meldungen aus Belgrad zufolge beurteilt man dort das Verhältnis Südslawiens zu Italien äußerst pessimistisch. Serbische Blätter erwarten bereits für die nächste Zeit wieder einen feindlichen Vorstoß Italiens gegen Jugoslawien. Man nimmt an, daß Mussolini nach einem Vorwand suchen wird, um zunächst die diplomatischen Beziehungen abzubrechen. Einen solchen Vorwand würde die Tatsache geben, daß die serbischen Behörden bekanntlich kürzlich eine aus Italien kommende Sprengstoffsendung für Rumänien angehalten haben.**

In Bukarester Kreisen verlautet — wie von dort gemeldet wird —, daß bei der letzten Besprechung zwischen Bratianu und Mariu in der Privatwohnung eines gemeinsamen Bekannten der Ministerpräsident die Demission der Regierung in Aussicht stellte. Nur müßten die Anleiheverhandlungen erst zu Ende geführt werden, was nicht vor der Junitagung des Völkerbundes geschehen könnte. Maniu soll erklärt haben, daß er unter allen Umständen den sofortigen Rücktritt verlangen müsse.

Der Wahltermin in Frankreich

Paris, 27. März. (Tel.) **Im heutigen „Journal Officiel" erscheint das Dekret, das die Kammerwahlen auf den 22. April und den zweiten Wahlgang auf den 29. April festsetzt. Das Dekret bestimmt, daß 24 Stunden nach seiner Veröffentlichung die Kandidaturen bekanntgegeben werden müssen.**

Die nächste Tagung des Abrüstungsausschusses

WTB. **Paris**, 27. März. (Tel.) Der Außenpolitiker des „Echo de Paris" will berichten können, daß der Vorsitzende des vorbereitenden Abrüstungsausschusses des Völkerbundes, **Loudon**, den Ausschuß zur zweiten Lesung seines Berichts für **Juli oder August** dieses Jahres einberufen werde in der Hoffnung, daß bis dahin die interessierten Regierungen sich zu den notwendigen Opfern entschlossen haben, und ein gemeinsames Programm zustandebringen werden. **Anfangs September** würde der **Völkerbundsrat**, wie der Korrespondent erklärt — aus Furcht vor der Vollversammlung — die **Abrüstungskonferenz** für Dezember 1928 oder **Februar 1929** einberufen.

Der britische Oberkommissar in Koblenz. „Daily Telegraph" hält es für wahrscheinlich, daß der durch den Tod des Earl of Erroll freigewordene Posten des britischen Oberkommissars in Koblenz mit dem Oberst **Ryan** besetzt werden wird.

Der Hansabund gegen das Notprogramm. Der Wirtschaftspolitische Ausschuß des Hansabundes wandte sich in einer Versammlung in Berlin gegen die einseitige Begünstigung der Landwirtschaft, wie sie in dem Notprogramm zum Ausdruck komme.

Tullagedächtnisfeier in Karlsruhe

Auf Einladung der **Badischen Wasser- und Straßenbaudirektion** versammelte sich heute, Dienstag, vormittag 11 Uhr im Konzerthaus zu **Karlsruhe** eine stattliche Gemeinde von Vertretern aller Stände und Berufe, um an seinem **hundertsten Todestage** das Gedächtnis des Schöpfers der Rheinkorrektion, **Johann Gottfried Tulla**, zu ehren.

Für die Regierung war Finanzminister Dr. **Schmitt** erschienen, außerdem bemerkte man den Ministerialdirektor im Finanzministerium Dr. **Sammet**, den Präsidenten Dr. **Paul** und den Präsidenten des Rechnungshofs, Dr. **Wittemann**, den Oberbürgermeister Dr. **Finter** mit den Bürgermeistern Dr. **Kleinschmitt** und **Schneider**, Vertreter der Technischen Hochschule und Baugewerbeschule, eine Reihe von Abgeordneten, die Spitzen der verschiedenen Behörden und öffentlichen Körperschaften, sowie zahlreiche Vertreter der Ingenieurwissenschaften und der technischen Praxis.

Die Weihestunde wurde eingeleitet durch das Allegro Moderato aus der Schubertschen Sinfonie in h-Moll, gespielt vom Orchester des Landestheaters unter Leitung von Generalmusikdirektor **Krips**. Dann hielt der Präsident der Wasser- und Straßenbaudirektion, Ministerialdirektor Dr. **Fuchs**, die Gedächtnisrede, **„Johann Gottfried Tulla, zum Hundertjahrtag seines Todes, 27. März 1928"**, die durch Inhalt und Form auf die Versammlung einen tiefen Eindruck machte.

Wir bringen den ersten Teil des Wortlauts der Rede im Nachstehenden:

Die Festrede des Präsidenten Dr. Fuchs

Einsam und in fremdem Lande beschloß vor 100 Jahren ein arbeits- und erfolgreiches Leben der Mann, zu dessen Gedächtnis wir versammelt sind, der badische Ingenieuroberst und Oberwasser- und Straßenbaudirektor **Johann Gottfried Tulla**. Er hatte sich wenige Wochen zuvor nach Paris begeben, wo er durch die Hand des damals berühmten Arztes Civiale Heilung hoffte. Aber die von Jugend an schwache Gesundheit Tullas war durch öftere Krankheit schon so erschüttert, daß auch die sorgfältige Behandlung ausgezeichneter Ärzte dem Tode sein Opfer nicht mehr entreißen konnte. An erschöpftem Herzen starb er am 27. März 1828 nach kaum zurückgelegtem 58. Lebensjahr. Drei Jugendfreunde, welche in Paris wohnten, und einige französische Ingenieuroffiziere, die Tulla kannten und hochschätzten, geleiteten den verstorbenen Freund und Kollegen hinaus auf den althrwürdigen Friedhof des Montmartre, wo seine Überreste in einem Grab ruhen, das mit einem einfachen Dentstein geschmückt ist; der Platz ist von der badischen Regierung für ewige Zeiten angekauft; sie läßt auch das Grab instandhalten.

Mit Johann Gottfried Tulla ist sein Geschlecht im badischen Lande ausgestorben; er blieb, wohl mit Rücksicht auf seine leidende Gesundheit, unverehelicht. Seine uneigennützige Liebe gehörte seiner Arbeit, vor allem seinem Lande, dem er außergewöhnlich viel geschenkt hat. Man darf wohl sagen, daß er dem Lande Baden die wasserwirtschaftlichen Grundlagen seiner Entwicklung gegeben hat, soweit Menschengeist und Menschenhand Naturgegebenes zu gestalten vermögen. Er ist der geistige Vater der Korrektion des Rheins und seiner Zuflüsse. Durch die Organisation der badischen Wasser- und Straßenbauverwaltung hat er die Erhaltung und die Fortentwicklung seiner Lebensarbeit sichergestellt. Darüber hinaus gehört er als Förderer der Ingenieurwissenschaft und Ingenieurtechnik der gesamten Kulturwelt.

Tulla ist in Karlsruhe am 20. März 1770 geboren. Die Tullas waren eine Predigerfamilie, die ihren Ursprung zurückführte auf einen Cornelius Tulla aus Hasselt bei Maastricht (Holland), der in schwedischen Kriegsdiensten stand und mit Marg. Stockfeld aus Stockholm vermählt war. Im Dreißigjährigen Krieg wurde diesem Ehepaar zu Greffenau ein Sohn geboren, den es beim Abzug aus Augsburg der Sorge guter Pflegeeltern überlassen mußte. Dieser Knabe studierte später in Tübingen Theologie. Von ihm stammte unser großer Landsmann Johann Gottfried Tulla ab. Sein Vater war evangelischer Pfarrer in Röttingen bei Pforzheim, später in Britzingen.

Auch der älteste Sohn sollte entsprechend der Tradition der Familie nach seines Vaters Wunsch Theologe werden. Allein im Lyzeum zu Karlsruhe machte er nur schwache Fortschritte, abgesehen von der Geometrie, worin er sich auszeichnete; so entschloß er sich, Geometer zu werden; dazu bildete er sich zunächst theoretisch und praktisch aus. Seine vorzüglichen Anlagen veranlaßten den Ingenieur-Major Burdet, ihn dem Markgrafen Karl Friedrich zu empfehlen, der dem mittellosen jungen Tulla zu seiner weiteren Ausbildung in den mathematischen und mechanischen Wissenschaften verhalf. Damals war es noch recht schwierig, eine gediegene technisch-wissenschaftliche Ausbildung zu erlangen, denn technische Hochschulen gab es noch nicht. Außer Burdet wurde der spätere Heidelberger Mathematiker Langsdorf, damals noch Salinendirektor in Gerabrunn, sein Lehrer; teils mit ihm, teils allein unternahm er zu seiner Ausbildung Reisen, die ihn an den Rhein, nach Norddeutschland, Holland und Norwegen führten. In Freiberg — Sachsen — besuchte er die Bergakademie. Im Spätjahr 1796 konnte er mit guten Kenntnissen, insbesondere in der Hydraulik, Hydrotechnik, Mechanik, im Bau von Maschinen und im Bergwesen in den Ingenieurdienst des Landes eintreten, in dem er dann 32 Jahre blieb, und wo er rasch von Stufe zu Stufe stieg. Von 1813 an war ihm die Leitung der in eine Verwaltung vereinigten Wasser- und Straßenbauarbeiten anvertraut, nachdem er schon vorher entscheidenden Einfluß darauf gewonnen hatte.

Tulla war ein **vielseitiger Techniker**. Bei dem damals noch unentwickelten Stand der Technik mag die Beherrschung des gesamten Stoffgebiets der Technik weniger verwunderlich sein, als es in der Gegenwart wäre.

Sein ursprüngliches Tätigkeitsgebiet war die **Geometrie und die praktische Feldmeßkunst**. Die géometrie descriptive des Franzosen Monge zog in besonders an. Auf sie gründete er den Bau seiner Faschinenwerke im Flußbau. Er schrieb Anleitungen über den Gebrauch der Theodolite und fand eine sinnreiche Methode zur Zentrierung der Winkel bei Dreiecksmessungen. Auf seinen Vorschlag wurde im Jahre 1812 die Triangulierung des Landes angeordnet. Unter seiner Leitung erschien in demselben Jahr die erste Generalkarte Badens. Die Rheingrenzberichtigungskommission, welche auf Grund des Pariser Friedens im Jahre 1817 tätig wurde, sah Tulla als „artistisches" Mitglied. Der Vater des Dichters Scheffel gehörte gleichfalls dieser Kommission an. Von ihm stammt auch der pietätvolle Nekrolog seines Chefs.

Tulla hat sich in Stunden, die ihm sein Dienst frei ließ, viel mit der Ausarbeitung von Gedanken über **mechanische** Einrichtungen und Verbesserungen beschäftigt; darunter ist vor allem die Idee, die Dampfkraft zur Bewegung von Schiffen zu verwenden, besonderer Erwähnung wert. Tulla entwarf den Plan eines Schleppschiffs, das durch eine starke Dampfmaschine und Schaufelräder bewegt werden sollte, um Transportschiffe auf dem Rhein zu schleppen. Diese Erfindung zeigte er im Jahre 1799 der badischen Regierung an. Auf seinen Wunsch schickte die Regierung den Plan an die englische Admiralität. Was dort damit geschah, ist nicht bekannt geworden. Erst 5 Jahre danach, im Jahre 1804, machte der Amerikaner Fulton auf der Seine seine ersten Versuche mit einem Dampfschiff. Wäre Deutschland damals politisch und wirtschaftlich nicht so ohnmächtig gewesen, so wäre es Tulla wohl möglich geworden, seine Erfindung in der Heimat auszuprobieren und zu entwickeln; unserem Landsmann wäre alsdann der Ruhm zugefallen, das Dampfschiff erfunden zu haben.

Seine größten Erfolge liegen indessen auf den Gebieten des **Straßen- und Wasserbaus**. Die Bildung des damaligen Großherzogtums aus den vielen bisher selbständigen Herrschaften stellte neue und große Aufgaben. Die verschiedenen Landesteile mußten durch Landstraßen zweckmäßig miteinander verbunden werden. Die vorhandenen Straßen waren dem steigenden Verkehr anzupassen. Einheitliche Unterhaltung wurde erforderlich. Die Erfindung neuer Straßenbaumethoden des Franzosen Tresaguet und des Engländers Macadam verursachten Umwälzungen in den althergebrachten Gewohnheiten des Straßenbaues. Die Zeit, in der Tulla die Leitung des Straßenwesens innehatte, zeigt ähnliche Züge wie die unsrige; den technischen Neuerungen war, wie heute, die Zerstörung und Vernachlässigung der Straßen während der Kriegszeiten vorhergegangen, und der Mangel an zureichenden Mitteln erschwerte auch damals die Arbeit der Ingenieure. Dennoch hat Tulla die schwere Aufgabe gemeistert und das Straßenwesen in rastlosem Bemühen so verbessert, daß die badischen Straßen sich bald eines ausgezeichneten Rufes erfreuten. Er hatte dabei ebensosehr gegen den Tadel mancher Besserwisser zu kämpfen, wie gegen das Beharrungsvermögen mancher am Alten festhaltender Kollegen. Unermüdlich sah er überall nach dem Rechten und erteilte seinen Ingenieuren Rat. Die von ihm herrührenden Neubauten sind heute noch mustergültig und an ihrer gediegenen Ausführung erkennbar; sie zeugen von warmer Liebe des Konstrukteurs für jede Einzelheit. Ein schönes Beispiel für Tullas Straßenbaukunst ist die im Jahre 1827 eröffnete Ludwigsstraße über den Schönberg, welche das Schuttertal mit dem Kinzigtal verbindet.

„Das wichtigste, größte und nützlichste Unternehmen, welches Tulla in seinem Vaterlande ins Leben gerufen, und durch das er sich als genialer Wasserbaumeister für die fernste Zukunft einen dauernden Namen erworben hat, ist unstreitig die **Rektifikation des Rheins**, ein Unternehmen, welchem er, fast 30 Jahre lang, mit der größten und seltensten Beharrlichkeit einen bedeutenden Teil seiner Zeit und seiner Kräfte widmete."

So schrieb Scheffel unmittelbar nach Tullas Tod.

Man muß sich die trostlosen Zustände vorgegenwärtigen, in denen sich der Rheinlauf von Basel bis zum Rheingau hinab zu Beginn des 19. Jahrhunderts befand. Zwischen Basel und der Murgmündung bildete der Rhein ein Gewirr von Stromarmen, Inseln und Kiesgründen, die eine Breite von 1—2 Kilometern einnahmen. Abwärts der Murgmündung war der Rheinlauf mehr geschlossen; er durchzog in weiten, vielfach scharf gebogenen Windungen die Niederung innerhalb der Hochgestade. Der ungebändigte Strom neigte fortwährend zu den einschneidendsten Veränderungen im Ganzen und Einzelnen. Im oberen Teil bis herab zum Kaiserstuhl grub er sein Bett tiefer ein; gewaltige Kiesmengen, welche talwärts geschoben wurden, verursachten Erhöhungen des Bettes, abnehmend bis in die Gegend von Oppenheim. Der wildstromartige Charakter des Oberlaufs rückte nach dem Mittellauf fort. Wo das Bett sich erhöhte, stellten sich weitreichende Versumpfungen der Rheinniederung ein. Die Stromarme im Oberlauf waren in beständiger Umlagerung. Die Serpentinen des Unterlaufs änderten sich durch starke Uferanbrüche und natürliche Durchbrüche unaufhörlich. Auf eine Breite von mehreren Kilometern war eine Bestellung des Landes gänzlich unmöglich; weitere Zonen waren versumpft oder den Hochwassern ausgesetzt, die sich teilweise bis zu den Hochgestaden ausdehnten und gelegentlich selbst Ortschaften zer-

störten. Diese Zustände waren die Ursache von Malaria und typhösen Fiebern, welche die Bewohner der Rheinniederung heimsuchten. Die immer wiederkehrende Vernichtung der Ernten durch Hochwasser versetzte die Bevölkerung in tiefe Armut.

Wohl hat man schon vor Tulla vereinzelt versucht, durch teilweise Korrektionen, Ufersicherungen, Dämme und Durchstiche örtlich Besserung zu schaffen. Weil aber damit die Grundursachen der Mißstände nicht abgestellt wurden, so war auch diesen Teilmaßnahmen kein voller oder dauernder Erfolg beschieden; ja, sie brachten manchmal an anderen Stellen sogar Nachteile hervor. Da die Bauten oft auch nicht auf sicherer wissenschaftlicher Grundlage beruhten, mißlangen viele Einzelunternehmungen. Es war eine hoffnungslose Sisyphusarbeit gegen eine unheimliche Naturgewalt.

Die unselige staatliche Zersplitterung in die vielen Herrschaften am Oberrhein machte jedes planmäßige Eingreifen unmöglich; die Vereinigung der beiden Markgrafschaften Baden-Baden und Baden-Durlach brachte zunächst einige Besserung. Aber erst die Napoleonische Zusammenfassung aller rechtsrheinischen Gebiete zu dem Großherzogtum Baden schuf die Möglichkeit einer großzügigen Verbesserung des Oberrheinflußbaus. Das linksrheinische Gebiet war seit 1793 bekanntlich französisch; abwärts der Lauter kam es durch den 2. Pariser Frieden im Jahre 1815 an Bayern.

Sobald die Neuordnung der staatlichen Verhältnisse am Oberrhein es zuließ, begann Tulla seine Pläne über eine Gesamtkorrektion des Oberrheins ernstlicher zu verfolgen. Diesem Ziel waren die Verhandlungen mit dem Magistrat du Rhin in Straßburg gewidmet. Sein erster Plan vom Jahre 1809 blieb nicht ohne ernsten Widerspruch. In einer eingehenden Abhandlung, die in deutscher und französischer Sprache verfaßt wurde, hat Tulla den Plan begründet und die Einwände widerlegt. Die Einheitlichkeit der Strombehandlung wird betont, die Schädlichkeit der planlosen Arbeit nachgewiesen. Dem Rhein soll ein geschlossenes Bett gegeben werden, das sich aus sanften Bögen und Geraden zusammensetzt. Im festen Flußbett soll auch noch das Sommerhochwasser abfließen; die Ufer sollen durch Steinbauten befestigt werden. Die großen Hochwässer sollen innerhalb geschlossener Hochwasserdämme ablaufen.

Die Verhandlungen mit den Franzosen vom Jahre 1812 bis 1814 hatten nur geringen Erfolg, nicht zum wenigsten deshalb, weil der Plan von einem fremden Ingenieur stammte. Der französische Ingenieur Fix in Mainz wünschte, daß er selbst seinen Vorgesetzten gegenüber als Entwurfverfasser erscheine. Tulla stellte in seltener Selbstlosigkeit um der Sache willen seine Person zurück. Auch mußte er auf Durchführung des Gesamtplans vorläufig noch verzichten. Die Vereinbarung vom 14. Oktober 1814 sah nur die gemeinsam auszuführende Geradlegung des Rheins von Knielingen bis Schröck (Leopoldshafen) vor. Wären nicht die Kriegsunruhen störend dazwischengetreten, so hätte Tulla auf einen günstigen Fortgang der Verhandlungen mit Frankreich hoffen können, wo man sich von der Richtigkeit seiner Gedanken inzwischen überzeugt hatte. Der Vollzug der vereinbarten Teilarbeiten begegnete übrigens sowohl bei Knielingen als auch bei Eggenstein selbst tätlichem Widerstand der Rheinanwohner, welche von den Korrektionsarbeiten schlimme Folgen befürchteten.

Nach dem 2. Pariser Frieden im Jahre 1815 nahm die badisch-französische Rheingrenzberichtigungskommission, welcher Tulla angehörte, auch die Verhandlungen über die Rheinkorrektion wieder auf; sie führten vorerst zur Vereinbarung des Grundsatzes, daß kein Staat an seinem Ufer Bauten ausführen dürfe, welche dem gegenüberliegenden Schaden zufügen können. Ferner sollten zwei Probedurchstiche bei Kehl und Plittersdorf ausgeführt werden, wovon aber nur jener bei Kehl, verzögert durch Mangel an Mitteln, erst im Jahre 1825 vollendet wurde. Die Zeit bis 1840 war vor allem der schwierigen Grenzregelung zwischen Frankreich und Baden gewidmet; gleichwohl ließ man die Frage der Rheinkorrektion niemals aus dem Auge. Tulla erlebte den Abschluß des Rheingrenzvertrags vom 5. April 1840 nicht mehr, aber er war gleichwohl der geistige Vater jener segensreichen Abmachung, wonach sich die beiden Regierungen zur Vornahme der gemeinsamen Korrektion des Rheins verpflichteten, die wesentlich nach seinen Plänen in der Folgezeit ausgeführt worden ist.

Rascher als mit Frankreich gelang die gemeinsame Durchführung der ersten großen Rheindurchstiche mit Bayern. Mit dem Jahre 1815 waren die der französischen Revolution gefolgten Kriege endlich für einen längeren Zeitraum abgeschlossen; schwere Hochwasser in den Jahren 1816 und 1817 ließen die Notwendigkeit der Abhilfe klar erkennen. Am 26. April 1817 schloß Tulla mit dem bayerischen Oberbaurat Bürgel die Vereinbarung über die Ausführung der Durchstiche bei Neuburg, Pforz, Wörth und Neupfotz durch Baden und jener bei Daxlanden und Knielingen durch Bayern. Der Widerstand der Knielinger mußte durch das Militär gebrochen werden, und die Arbeiten wurden teilweise mit Soldaten rasch durchgeführt.

Die ersten Bedenken und Widerstände regten sich damals im Lande selbst bei Beamten, Ingenieuren und bei den Landständen. Die einen zweifelten, ob die Korrektion den erwarteten Erfolg haben werde. Andere scheuten vor den hohen Kosten und sagten den finanziellen Ruin des Landes vorher. Die Unterlieger der Durchstiche befürchteten schnelleren Wasserabzug und Vermehrung der Hochwassergefahr. Der Schifffahrt sollte die verstärkte Strömung in dem verkürzten Stromlauf gefährlich werden. In zwei gedruckten Denkschriften aus den Jahren 1822 und 1825 trat Tulla seinen Gegnern sachlich und überzeugend entgegen; durch diese Darlegungen und durch den inzwischen eingetretenen Teilerfolg der ersten größeren Arbeiten gelang es, die Bedenken in Baden und Bayern zu zerstreuen, so daß am 14. November 1825 in einer neuen Übereinkunft mit Bayern die Ausführung von 15 Durchstichen zwischen Schröck und Neckarau zum Vollzug innerhalb sechs Jahren vereinbart werden konnte. Damit schien nach zwanzigjährigen Anstrengungen Tullas die Korrektion wenigstens des bayerisch-badischen Rheinlaufs gesichert. Die Arbeiten wurden auch tatkräftig begonnen, als sich neue Einsprachen aus Preußen und den Niederlanden vernehmen ließen; die Einstellung der Korrektion wurde stürmisch verlangt. Man befürchtete am Mittel- und Niederrhein eine Vergrößerung der Hochwassergefahr und eine vermehrte Geschiebezufuhr; überdies wurde behauptet, daß die geplante Rheinkorrektion für Baden und Bayern selbst ein verfehltes Unternehmen darstelle und nur Schaden bringe. In einer Note, an deren Abfassung Tulla trotz Krankheit noch mitwirkte, wies die badische Regierung die preußischen Einwände zurück, und lud sie ein, durch Sachverständige von den Plänen und Arbeiten Einsicht zu nehmen. Über dem Schöpfer der Rheinkorrektion hatte sich bereits der Grabhügel gewölbt, als im Sommer 1828 der preußische Kommissar Bauer am Oberrhein erschien. Hier hatten Tullas Schüler sich inzwischen so sehr in die Pläne und Gedanken des Meisters eingearbeitet, daß an ein Zurücktretens Badens von dem Plan der Rheinkorrektion nicht mehr zu denken war. Wohl zogen sich die Verhandlungen noch jahrelang hin; auch stellte man einzelne Teile des Planes zurück. Schließlich verstummten die Einsprachen, zuerst bei den Niederlanden und schließlich auch bei Preußen; man erkannte mehr und mehr die günstigen Wirkungen des Korrektionswerks, je weiter es fortschritt, selbst im Interesse der Schifffahrt und des Mittel- und Niederrheins; man wünschte sogar diesen oder jenen Durchstich. Die Arbeiten konnten nun ihren regelmäßigen Fortgang nehmen, so daß seit Mitte der 1870er Jahre der Talweg des Rheins überall in der zwischen Baden, Frankreich und Bayern vereinbarten Strombahn lag.

Tullas segensreiches Korrektionswerk war vollendet!

(Den Schluß der Rede bringen wir in der morgigen Nummer des Blattes.)

*

Den Schluß der Feier bildete der Vortrag der Leonoren-Ouvertüre von Beethoven.

Wirth auf demokratischer Liste? Wie das „B. T." aus Düsseldorf meldet, beabsichtigt die Deutsche Demokratische Partei, dem Zentrumsabgeordneten Reichskanzler a. D. Dr. **Wirth** die zweite Stelle der demokratischen Kandidatenliste in den Wahlkreisen Düsseldorf-Ost und Düsseldorf-West anzubieten. Spitzenkandidat soll wie bisher der Abg. **Erkelenz** bleiben. Der Vorstand der Demokratischen Partei der Wahlkreise hat gestern dem Vorschlag zugestimmt. Dr. Wirth selbst hat noch in keiner Weise zu dieser Anregung Stellung genommen. Seine Haltung werde vermutlich in erster Linie davon abhängen, ob das Zentrum ihm ein Mandat anbieten werde. — Nach einer Meldung aus **Berlin** hat die Zentrumsortsgruppe **Wilmersdorf** beschlossen, der Parteileitung ein Spitzenkandidatur Dr. **Wirths** für **Berlin und Potsdam II** vorzuschlagen.

Ein Minderheitenblock in Rumänien. Die Führer der Minderheiten in Rumänien wollen den Gedanken an die Bildung eines Minderheitenblocks wieder aufnehmen. Die Anregung dazu ist von dem Führer der Deutschen, dem Abgeordneten Dr. Hans Otto **Roth**, ausgegangen. Der Block soll zuerst die Deutschen und die Magyaren umfassen, die dann eine Zusammenarbeit mit den übrigen Minderheiten anstreben würden. Die Regierung will das Zustandekommen eines solchen Blockes verhindern.

Die Ötigheimer in Karlsruhe

Aufführung: „Das große Opfer" von Pfarrer Saier in der Festhalle.

Das Wissen um religiöse Dinge ist für die Volksmasse Bildung und Erleuchtung. Uns Modernen wird es jedoch schwer gemacht, den Bildungsbegriff außerhalb der rein verstandesmäßig betriebenen rationalistischen Wissenschaft zu fassen. Wenn Goethe den Besitz von Kunst und Wissenschaft mit Religion identifizierte, und damit den Gelehrten und überhaupt den Geistigen zum religiösen Vollmenschen stempelte, so bedeutet das die Verpflanzung der Religiosität aus den Bezirken von Herz und Gemüt in die Zone des Verstandes, der Vernunft einerseits und in den Zustand ästhetischer Empfindsamkeit andrerseits. Die kulturellen Bedürfnisse der Masse zielen auf andere als rein intellektualistische Geisteswerte ab. **Ötigheims** berühmtes **Volksschauspiel** gibt uns hier Weg und Richtung an. Herr Pfarrer Josef **Saier**, der künstlerische Genius der Ötigheimer Schauspiele, schöpft in dem von ihm selbst verfaßten „Spiel von der heiligen Messe" aus der religiösen Metaphysik christlicher Weltanschauung und Lebensbetrachtung. Er lebt in tiefer Verwurzelung mit dem Volke und kennt den Umfang und die Grenzen der Aufnahmefähigkeit der Masse. Nur wer alles Menschenleben und alle Irdischkeit mit den Maßstäben der Ewigkeit zu messen gewohnt ist, kann als Regisseur eine so tiefe und starke Wirkung auslösen, wie sie Saiers **„Großes Opfer"** in der zweimal an ein und demselben Tag vollbesetzten Karlsruher Festhalle erzielt hat. Mit Staunen stellt man fest, wie hier dem überragenden Kunst- und Kulturwillen eines einzelnen die ländlichen Massen wie durch eine großes geheimes Gesetz, das jeder in sich trägt, folgen; wie alle Mitwirkenden am Schnürchen des kompakten Gestaltungswillens zu wuchtigen Monumentalszenen zusammenwachsen, sich ordnen, gliedern und wiederum sich auflösen. Überall tritt uns fein abgewogenes Maß, stärkste Bühnenkunst, ausgeprägtester Sinn für massige Szenenstruktur entgegen. Keinen Augenblick hat man das Gefühl der szenischen Leere, immer ist Auge, Ohr und Herz in Anspruch genommen. Einmal zieht es uns nach rechts (rechtes Kirchenschiff), wo in Einzelbildern die Geschehnisse und Vorbilder des alten Testaments auftauchen und als wetterleuchtende religiös kultische Symbole aus dem Gottesdämmern des israelitischen Ferne bis in unsere Gegenwart liturgisch herübergrüßen in den Gestalten: **Adam** (Herr **Müller** mit guter Sprechkultur), Eva (Fr. **Fischer**), Kain (Anton **Kölmel**), Moses (Herr **Stöbe**), Jeremias, Isaias und David. Dann fesselt uns wiederum links (linkes Kirchenschiff) die plastische Schaufülle neutestamentlicher Vorgänge und Darstellungen, angefangen mit der Verkündigung des Herrn, über die Geburt Christi, Johannes den Täufer und Vorläufer (Hirschwirt **Kölmel** in klarer, sicherer Deklamation), Petrus (Herr **Speck** in würdiger Haltung), Paulus (in guter Darstellung der leidenschaftlichen, vorwärtsdrängenden Religiosität) bis zu Christus (**Schweizer**), den König, mit dem Symbol des Kreuzes, in dessen Heils- und Erlösungswirkung der alte Bund dem neuen die Hand reicht, damit die gesamte Menschheit christlicher Gemeinschaft versinnbildlichend. Diese Vermählung des alten mit dem neuen Opfer ist bereits zur Verwirklichung gekommen in der im Innern des Münsters sich vollziehenden, nur dem Ohre vernehmbaren Feier der Bischofsmesse, deren Einzelteile die vor dem Dome stattfindenden Spielvorgänge liturgisch illustrieren. Die Chöre, die mit prachtvollen Liedern das Bühnengeschehen begleiteten und in musikalischer Sprache deuteten, standen unter der frisch zufassenden Leitung des Dirigenten **Schauber**, der mit dem guten stimmlichen Material, wie es die Ötigheimer von Natur aus in sich haben, recht viel anzufangen wußte. Die Messe im Münster dirigierte Herr **Steinhart** mit vornehmer Innerlichkeit.

Bei der Art des Spielstoffes, der an sich keine Handlung gewöhnlichen Stils zuläßt, steht und fällt die Aufführung mit der Lösung des Regieproblems. Pfarrer Saier hat die schwierige Aufgabe mit seinen 400 Spielkräften mit Geschmack und in der glücklichen Form bewältigt. Die gewaltigste Leistung der Ötigheimer aber besteht darin, daß sie echte, auf breitesten demokratischen Grundlagen ruhende Volkskultur und Volkskunst pflegen und Tausende unserer Volksgenossen zu einem seelischen Erlebnis führen, in dem die sonst im Alltag auseinander strebenden Kräfteenergien der parteigespaltenen Menschengruppen in einer höheren Einheit des Denkens und Fühlens sich finden und zusammenschmelzen. Wenn überhaupt, so läßt sich der demokratische Gedanke der Volksbildung und Volkserziehung von einer künstlerischen Einrichtung her verwirklichen, wie sie Ötigheim durch die wegweisende Kunstinitiative seines Pfarrherrn mustergültig ins Leben gerufen hat. Wir befinden uns in den Volksschauspielen der Ötigheimer Art an der Wurzel deutscher Volkspädagogik, der als einer sittlichen Gegenwartsaufgabe auch unsere berufenen Staatsstellen Interesse und Förderung zuteil werden lassen.

Prof. Dr. Reinfried.

Deutscher Reichstag

WTB. Berlin, 26. März

Die 2. Beratung des

Haushalts des Reichsinnenministeriums

wird fortgesetzt.

Abg. Dr. **Moses** (S.) wendet sich gegen die vielen Verleihungen des Ehrendoktortitels durch die Universitäten. Diese Verleihungen seien zum groben Unfug geworden. Der Redner verurteilt dann die Experimente, die an Kindern in öffentlichen Kliniken und Krankenhäusern vorgenommen worden sind. Hier sollte der Präsident des Reichsgesundheitsamtes einschreiten.

Abg. **Schreck** (S.) fordert Fahrpreisermäßigung bei Jugendwanderungen und Förderung der Werkstudenten.

Abg. **Meyer-Franken** (Komm.) führt Beschwerde über die Unterdrückung der Vereins- und Versammlungsfreiheit in Bayern.

Reichsinnenminister v. Keudell

äußert sich dann auf verschiedene Anfragen und kündigt eine wissenschaftliche Untersuchung des Problems des Geburtenrückganges an. Er sei bereits mit dem Reichsfinanzminister wegen einer Prüfung darüber in Verbindung getreten, inwieweit den segensreichen Bestrebungen des Bundes der Kinderreichen geholfen werden kann. Der Vorwurf mangelnder Berücksichtigung der Belange der Arbeiterschaft in den Rundfunkprogrammen sei durchaus unberechtigt. Es entspreche nicht der Gewissensfreiheit und dem demokratischen Prinzip, wenn man die Vergewaltigung eines Teiles der christlichen Elternschaft wolle. Die Beantwortung der Fragen des Abg. Sollmann wegen der Verabschiedung des Ministerialdirektors Dr. Brecht lehne ich aus grundsätzlichen Erwägungen ab.

Abg. **Schulz** (Soz.) verlangt größere Mittel zur Hebung der Not in Ostpreußen.

Abg. **Frölich** (Soz.) beantragt die Aufhebung des Postens des Reichskommissars für die öffentliche Ordnung. Dieser Beamte habe mit sehr bedenklichem Material in Thüringen gearbeitet.

Ministerialdirektor Dr. **Dammann** vom Reichsgesundheitsamt antwortet dem Abg. Dr. Moses, in dem einen Falle müsse das Ergebnis des von der Staatsanwaltschaft eingeleiteten Verfahrens abgewartet werden. In einem anderen Falle habe Dr. Moses nicht erwähnt, daß es sich um Experimente eines amerikanischen Arztes gehandelt habe (Hört, hört!).

Abg. **Janschek** (Soz.) beantragt Streichung der Mittel für die Technische Nothilfe.

Von den Kommunisten ist ein Mißtrauensantrag gegen den Reichsinnenminister v. Keudell eingegangen.

Der Präsident des Reichsgesundheitsamtes, **v. Hamel**, gibt einen kurzen Überblick über den gegenwärtigen allgemeinen Gesundheitszustand. Der Gesundheitszustand sei befriedigend. Die Sterblichkeitsziffer sei in allen Altersklassen zurückgegangen. Erfreulich sei besonders die Verminderung der Säuglingssterblichkeit. Unerfreulich sei die Zunahme der Kinderlähmung. Die Verbreitung der Infektionskrankheiten im allgemeinen sei zurückgegangen. Bei der Tuberkulose habe gerade das Industrieland Sachsen die kleinste Sterblichkeitsziffer. Nach der Einführung des Gesetzes gegen die Geschlechtskrankheiten sei in Hamburg ein großer Rückgang dieser Krankheiten festzustellen.

Abg. **Sollmann** (Soz.) wendet sich gegen die angekündigte Ostpreußenstelle im Reichsinnenministerium. Der Minister hat bestritten, daß Beamtenerneuerungen unter dem Gesichtspunkte politischer Zusammenhänge bevorstehen. Sollte der Minister wie im Vorjahre seinen Beamtenschub nach dem Schlusse des Reichstages vornehmen wollen, so müssen wir jetzt schon gegen einen solchen Plan protestieren. Im Falle Brecht hat nun der Minister endlich zugegeben, daß er Brecht entlassen hat, weil Brecht Republikaner ist.

Reichsinnenminister **v. Keudell**: Ich habe nicht zugegeben, daß Dr. Brecht wegen seiner republikanischen Gesinnung entlassen worden ist. Bei meinen Amtshandlungen ist es gleichgültig, ob der Reichstag versammelt ist.

Abg. **Sollmann** (Soz.): Der Minister hat mit keinem Wort meine Behauptung, über die bevorstehende Beförderung der ihm politisch nahestehenden Beamten bestritten. Wenn die republikanische Gesinnung nicht der Grund für Brechts Entlassung war, so mag der Minister uns doch einmal den wirklichen Grund nennen.

Abg. **Torgler** (Komm.) verlangt einen besonderen Rundfunksender für die Arbeiterschaft.

Damit schließt die Aussprache. Die Abstimmungen werden zunächst zurückgestellt, ebenso die Abstimmungen zu den vom Ausschuß bisher erledigten Teilen des Nachtragsetats.

Es folgt

die zweite Beratung des Ergänzungsetats.

Abg. Dr. **David** (Soz.) ist mit dem von der Regierung vorgeschlagenen Notprogramm zur Organisation des direkten Absatzes von Schlachtvieh und Fleisch zwischen Verbraucher- und Erzeugergenossenschaften einverstanden. Die Bürgerblockparteien hätten hier eine Anleihe bei der marxistischen Wirtschaftstheorie gemacht. Der Redner beantragt die Einsetzung eines Überwachungsausschusses, damit die Hilfsmittel des Notprogramms auch der Bauernschaft und nicht bloß dem Großgrundbesitzer zugute kommen.

Abg. **Seiffert** (Volksrechtspartei) bedauert, daß den Kleinrentnern nicht im Notprogramm gesetzliche Ansprüche gewährt werden.

Abg. Frau **Wende** (D. Vp.) bedauert, daß das Kleinrentnerversorgungsgesetz von diesem Reichstag nicht verabschiedet werden konnte.

Abg. Frau Dr. **Lüders** (Dem.) bemängelt die Art der Durchführung der Kleinrentnerfürsorge.

Abg. Frau **Müller-Otfried** (D. Ntl.) bezeichnet den Verzicht auf das Kleinrentnerversorgungsgesetz als ein Opfer, das die Deutschnationalen nur mit schwerem Herzen gebracht hätten.

Abg. Frau **Arendsee** (Komm. wirft den Deutschnationalen vor, sie hätten für die Kleinrentner nur in Versammlungen schöne Worte gehabt.

Abg **v. Goldacker** (D. Ntl.) dankt dem Minister Schiele für die Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft. Notwendig sei eine Revision der Zollpolitik und der Dawesgesetzgebung.

Nach weiterer Debatte wird der **Ergänzungsetat angenommen**, ebenso eine Entschließung des Volkswirtschaftlichen Ausschusses, die Mittel zur Umschuldung für die Roggenpfandbriefschuldner verlangt.

Hierauf werden die vorher zurückgestellten

Abstimmungen zum Haushalt des Innenministeriums

vorgenommen.

Der gegen den Innenminister v. Keudell gerichtete **Mißtrauensantrag** der Kommunisten wird gegen die Antragsteller, die Sozialdemokraten und die Mehrheit der Demokraten abgelehnt.

Die Ausschußentschließung, die eine **Reichsstädteordnung** und eine Reichslandgemeindeordnung fordert, wird im Hammelsprung mit 172 gegen 132 Stimmen bei einer Enthaltung

angenommen. Dagegen haben Deutschnationale, Zentrum und Bayerische Volkspartei gestimmt.

Die Ausschußentschließung auf Beseitigung der **Ländergesandtschaften** wird gegen eine starke Minderheit **abgelehnt.**

Die übrigen Ausschußentschließungen werden angenommen.

Angenommen wird auch eine Entschließung, die verlangt, daß das **Impfgesetz** auf seine wissenschaftlichen Grundlagen hin nachgeprüft wird.

Die von den Nationalsozialisten und Kommunisten beantragte Streichung einer Position von 200 000 *RM* zum Schutze der Republik wird abgelehnt.

Der **Etat des Innenministeriums** wird in zweiter Beratung **angenommen,** dazu das Gesetz über Erzeugung und Verkauf von Schußwaffen und Munition.

Der **Nachtragsetat** wird gleichfalls in **zweiter Beratung angenommen.**

Die **Abstimmung über den Ergänzungsetat** wird um 19½ Uhr auf Dienstag 10 Uhr vertagt. Auf der Tagesordnung stehen außerdem der Marineetat und der Phöbusbericht.

*

WTB. **Berlin,** 27. März.

Präsident **Löbe** eröffnet die Sitzung um 10 Uhr. — Die **Reichshaushaltsrechnung für 1926** wird genehmigt. In einer Entschließung wird festgestellt, daß Vorgriffe und Reste, überplanmäßige und außerplanmäßige Ausgaben in verschiedenen Etats noch in solchem Ausmaße erfolgt, bzw. vorhanden seien, daß sie mit dem Gesichtspunkt äußerster Sparsamkeit und streng geführter Finanzgebarung nicht vereinbar erscheinen. Deshalb sei es notwendig, daß der Rechnungshof nicht nur seine Rechnungsprüfung nach Möglichkeit beschleunigt, sondern daß er auch ständig mehr als Wahrer des Haushaltsrechtes wird.

Das Haus wendet sich dann der 2. Beratung

des Haushaltsplanes der Marine

zu. Es wird beschlossen, zunächst die Angelegenheiten der Marine zu besprechen, und den **Lohmann-Bericht** dann in einer besonderen Aussprache zu erörtern.

Abg. **Kuhnt** (S.) begründet die sozialdemokratischen Anträge, die die Marineausgaben um rund 50 Millionen kürzen, und auch die Mittel für das neue Panzerschiff nicht bewilligen wollen. Deutschland werde auch ohne Flotte sich seinen Platz unter den Völkern der Welt sichern, wenn es konsequent die Verständigungspolitik fortsetzt. Deutschland müßte nach dem Versailler Vertrag ohne U-Boote und ohne Flugzeuge seine Schiffe gegen einen Feind schicken. Das würde aber nach der Meinung der Sachverständigen reiner Selbstmord sein. Jetzt seien allein in der Ostsee 56 fremde U-Boote stationiert und 11 neue würden in diesem Jahre hinzukommen. Die Marineoffiziere, die Verbindung mit verbotenen Wehrverbänden unterhalten, müßten endlich entfernt werden.

Abg. **Treviranus** (Dn.) erklärt, die modernen Sachverständigen seien über den Wert dieses Schiffes anderer Meinung als der Abg. Kuhnt. Man hätte dieses Schiff besser als gepanzerten Kreuzer bezeichnen sollen. Die Flottenbaupolitik des Großadmirals v. Tirpitz habe sich durchaus bewährt. Tirpitz habe vor der Bagdadbahnpolitik gewarnt. (Rufe links: Die hat Helferich gemacht!) Hungerblockade und Amerikalieferungen an die Entente, die den Krieg entschieden, wären bei einer starken deutschen Flotte nicht möglich gewesen. Der Großadmiral Prinz Heinrich muß ebenso, wie jeder Angehörige der Marine, das Recht haben, sich auf deutschen Schiffen von dem Ergehen alter Kameraden zu überzeugen.

Abg. **Wegmann** (Z.): Das Zentrum sei stets für Sparsamkeitsmaßnahmen zu haben, aber die vom Reichsrat gegen die Bewilligung des neuen Panzerschiffes angeführten Gründe seien nicht stichhaltig.

Herzog Wilhelm von Urach †. Dr. Herzog Wilhelm von Urach, Besitzer des Schlosses Lichtenstein, ist am Samstag abend in **Rapallo** im Alter von 63 Jahren gestorben. Der Herzog hat vor dem Krieg im württembergischen Armeekorps Dienst getan und wurde 1912 als Generalleutnant Kommandeur der 26. Division, die er während des Krieges 2½ Jahre lang auf verschiedenen Kriegsschauplätzen geführt hat. 1917 übernahm er dann das Generalkommando zur besonderen Verwendung, womit ihm ein Teil des Schutzes der Vogesenfront anvertraut war. Nach dem russischen Zusammenbruch hat der Litauische Landesrat beschlossen, die Krone des Königreichs Litauen ihm anzubieten. Die kurz nachher durch die Presse gegangene Meldung, der Herzog habe dieses Angebot, das übrigens ohne Wissen der deutschen Regierung erfolgte, angenommen, erwies sich als falsch.

Die Arbeitslosigkeit in Amerika. In einem an den amerikanischen Senat gerichteten Bericht über die Arbeitslosigkeit erklärte Arbeitssekretär **Davis,** er sehe eine rasche Abhilfe in den jetzt zur Ausführung gelangenden Bauprogrammen der Regierung und der Städteverwaltungen. Davis bezeichnete als Mitursache der Arbeitslosigkeit die Einwanderung, die Flutkatastrophen am Mississippi und in Neuengland, den Tornado in Florida, die zeitweilige Schließung industrieller Anlagen und die Zustände im Weichkohlengebiet.

Kurze Nachrichten

Der Lohnkonflikt bei der Reichsbahn. Die Deutsche Reichsbahngesellschaft hat zu dem Erklärungstermin, der im Schiedsverfahren über die Lohnregelung der Reichsbahnarbeiter am Montag keine Erklärung abgegeben, so daß damit auch von seiten der Reichsbahn der Schiedsspruch als nicht angenommen gilt.

Die sowjetrussisch-polnisch-deutsche Eisenbahnkonferenz in Leningrad ist abgeschlossen worden. In allen Punkten, ausgenommen die Tariffrage, wurde völlige Einigung erzielt. Im Sommer wird in Deutschland ein aus Vertretern der Sowjetunion, Polens und Deutschlands gebildeter **Ausschuß** zusammentreten, um für die am 5. Oktober in Lemberg stattfindende Konferenz ein Programm auszuarbeiten.

Die polnisch-litauische Konferenz. Die am 30. März in **Königsberg** (Preußen) zusammentretende polnisch-litauische Konferenz wird lediglich den Charakter einer Vorkonferenz tragen und nicht länger als vier bis fünf Tage dauern. Die Hauptkonferenz soll nach Ostern ebenfalls in Königsberg stattfinden.

Internationaler Missionsrat. In Jerusalem wurden am Sonntag die Verhandlungen der Konferenz des internationalen Missionsrates vom Vorsitzenden Dr. Mott eröffnet.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Heute war es in Baden meist bedeckt. Nachmittags setzten zeitweise Niederschläge ein, die in Südbaden durch Stau am Gebirge teilweise größere Mengen lieferten. Auch heute früh verursachte ein nach Osten abziehendes Regengebiet im Süden unseres Gebietes noch vereinzelte Niederschläge. Da sich über die Biskaha neue Störungen herausbilden, wird die Aufheiterung nur vorübergehend anhalten und später wieder stärkere Bewölkung eintreten. **Voraussage** für 28. März: Nach vorübergehender Aufheiterung neuerdings Bewölkungszunahme mit geringer Neigung zu Niederschlägen, mild, südliche Winde.

Badischer Teil

Die badischen Kaligewerkschaften

Über das Kalisalzbergwerk bei **Buggingen** und über den gegenwärtigen Zustand des Werkes selbst, Ausbau und Absatz, werden folgende Mitteilungen gemacht:

Die Zweischachtanlage der Gewerkschaften Baden und Markgräfler bei Buggingen in Baden ist jetzt fast vollkommen fertiggestellt und dem Betriebe übergeben. Die Tagesanlagen sind auf das modernste ausgestattet und die Bewegung der Massen geschieht durchweg mechanisch, so daß Handarbeit vollkommen vermieden wird und die Menschen fast ausschließlich die Überwachung und Bedienung der Maschinen und Apparate versehen. Jeder Schacht ist mit einer Fördermaschine von 120—180 Tonnen stündlicher Leistung ausgerüstet, doch dient nur Schacht Baden zur Zeit der Förderung, während Schacht Markgräfler, in welchem die verbrauchte Luft auszieht, Reserveschacht ist. In der Mühle, welcher die Wagen selbsttätig vom Schachte aus zurollen, sind zwei große Mahlsysteme von je 100—120 Tonnen Stundenleistung aufgestellt. Dort wird das Salz vermahlen und teilweise unmittelbar verladen, teilweise zur Aufarbeitung auf höhere Grade der Reinheit der Fabrik durch Transportbänder zugeführt. Infolge der hochedelen Beschaffenheit der Rohsalze, Sylviniten von zirka 22—24 Proz. K_2O, gestaltet sich die Verarbeitung sehr günstig und die Salze, welche aus der heißen Lösung ausfallen, sind sehr hochwertig. Sie müssen zur Herstellung von 30er und 40er Düngesalzen sowie Chlorkalium nach der Trocknung noch mit Rohsalz herabgemischt werden, um versandfähig zu sein. Soweit der Absatz es gestattet, gelangen sie unmittelbar zur Verladung, sonst werden sie in einem 105 Meter langen und 32 Meter breiten Schuppen, der mit mechanischen Be- und Entspeicherungseinrichtungen ausgerüstet ist, gelagert.

Unter Tage sind die **Aufschlußarbeiten** im Felde Baden beendet, während sie im Felde Markgräfler noch fortgesetzt werden. Die Gesamtlänge der Strecken, welche sich netzartig in 730—840 Meter Teufe ausbreiten, beträgt zur Zeit rund 14 000 Meter. Hierdurch ist das Lager in 4,30—4,50 Meter Mächtigkeit bei gleichmäßig guter Beschaffenheit auf weite Erstreckung hin nachgewiesen und bereits jetzt ein Vorrat von Salzen aufgeschlossen, der für mehrere Jahrzehnte ausreicht.

Der Absatz war, wie stets um diese Jahreszeit, in den Monaten Januar und Februar sehr lebhaft. Er belief sich auf insgesamt 2 019 570 Doppelzentner Reinkali im Januar und 2 084 539,60 Doppelzentner Reinkali im Februar. Auf die Schachtanlage in Buggingen entfielen hiervon in den beiden genannten Monaten rund je 40 000 Doppelzentner Reinkali.

Der Neckarkanal Mannheim—Heilbronn

Im württembergischen Landtag wurde ein Schreiben des Südwestdeutschen Kanalvereins verlesen, in dem gegen die **Hinausschiebung des Baues** des Neckarkanals Mannheim—Heilbronn **um weitere zwei Jahre bis 1937** Stellung genommen wird, und die Erwartung ausgesprochen wird, daß der ursprünglich in Aussicht genommene Termin eingehalten und nach Fertigstellung dieser Strecke alsbald die Fortsetzung des Kanals bei Stuttgart und Plochingen in Angriff genommen werde. Das gleiche Schreiben wurde auch an die Reichsregierung sowie an die Regierungen von Baden und Hessen gerichtet.

*

Auf die sozialdemokratische Anfrage betr. Unregelmäßigkeiten bei Ausführung der Staustufe Ladenburg wurde im **württembergischen Landtag** mitgeteilt, daß sich bei der durch das Neckarbauamt Heidelberg vorgenommenen Prüfung der Schlußabrechnung der Firma Südd. Held & Francke Bau-A.-G., München, für die Staustufe Ladenburg mit einem Restguthaben derselben in Höhe von rund 50 000 *RM* herausstellte, daß **ein Landmesser** der Firma die **Höhenzahlen** des ursprünglichen Geländes im Nivellierbuch **geändert** hatte, wodurch die von der Neckarbauverwaltung zu bezahlende **Aushubmasse größer** erschien, als sie der tatsächlichen Leistung der Firma entsprach. Der Mehrbetrag beläuft sich auf rund 24 000 *RM*. Die gerichtliche Voruntersuchung ist noch nicht abgeschlossen. Ergebnisse sind dem Innenministerium bisher nicht bekannt geworden. Insbesondere entzieht es sich noch dessen Kenntnis, ob, an wen und von wem „Schweigegelder" bezahlt worden sind. Da die Firma Südd. Held & Francke Bau-A.-G., wie die verlesenen Zahlen zeigen, für die Bauarbeiten bei Ladenburg unter allen Umständen noch eine beträchtliche Restforderung hat, so wird die Neckarbauverwaltung keinesfalls geschädigt werden.

Städte und Fürsorge

Der Badische Städteverband und der Badische Städtebund haben beim Landtage einen dringenden Antrag eingebracht, der sich mit Fragen der gehobenen Fürsorge beschäftigt. Darnach beabsichtigt die badische Regierung, in dem Staatsvoranschlage für die Rechnungsjahre 1928 und 1929 die Ausgabeposition für die gehobene Fürsorge nur in solcher Höhe vorzusehen, daß den Fürsorgeverbänden künftighin nicht mehr ein Drittel, sondern höchstens noch ein Viertel ihres Aufwandes für die gehobene Fürsorge ersetzt werden können. Nach Ansicht des Städteverbandes und des Städtebundes soll eine auf solchem Wege herbeigeführte Linderung der dem Staat gesetzlich obliegenden anteilsmäßigen Last weder rechtlich, noch sachlich vertretbar sein. Notwendiger Weise würde dies auch Einschränkungen in der Fürsorgetätigkeit zur Folge haben. Der ausführlich begründete Antrag bezweckt, zu erreichen, daß das Land den Fürsorgeverbänden bis auf weiteres ein Drittel des Aufwandes für die gehobene Fürsorge erstattet.

Neue Beitragsklassen in der Angestelltenversicherung

Vom 1. April 1928 an treten zu den bisherigen Beitragsklassen A—H hinzu die für die **freiwillige Höherversicherung** bestimmten Beitragsklassen J (Geldbetrag 40 *RM*) und K (Geldbetrag 50 *RM*). Jeder Versicherte ist zur Höherversicherung berechtigt. Die neuen Beitragsklassen geben den Versicherten **die Möglichkeit, sich durch höhere Beiträge entsprechend höhere Leistungen zu sichern.** Die neuen Marken werden vom 1. April an von der Post verkauft. Sie gleichen in Form und Aussehen des Markenbildes den Marken der bisherigen Beitragsklassen A—H, unterscheiden sich indes von ihnen durch ihre Ausführung im Zweifarbendruck.

Verleihung der Rettungsmedaille

Das badische Staatsministerium hat dem Schlosser Karl **Rub,** dem Galvaniseur Max **Goldschmidt,** dem Schulamtskandidaten Heinrich **Lapp,** dem Arbeiter Karl **Schanno** und dem Maurer und Landwirt Fritz **Zickel,** alle in Breisach, die badische Rettungsmedaille verliehen.

Das Badische Gesetz- und Verordnungsblatt enthält Verordnungen des Staatsministerium über Dienstreisekostenordnung ferner über die Änderung der Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über die Gewährung von Entschädigungen an versetzte Beamte für getrennte Haushaltsführung.

Aus der Landeshauptstadt

Erdbebenwarte Karlsruhe. Heute vormittag um 9,33,32 Uhr verzeichneten die Seismographen der Erdbebenwarte Karlsruhe wiederum ein äußerst heftiges Erdbeben mit einer Herdentfernung von ca. 350 Kilometer. Nach den Aufzeichnungen der Apparate dürfte es sich um ein katastrophales Erdbeben handeln. Die Schreibvorrichtungen der Apparate wurden vollständig außer Tätigkeit gesetzt.

Dürer-Ausstellung. Anläßlich des 400. Todestages von Albrecht Dürer veranstaltet die **Galerie Moos** vom 25. März bis 10. April eine **Sonderausstellung,** die das reichhaltige Werk dieses bedeutendsten deutschen Künstlers in vorzüglichen Wiedergaben übersichtlich zeigt. Außerdem ist in drei Räumen noch eine große Anzahl Gemälde Badener und Münchener Künstler ausgestellt, die infolge der nieder angesetzten Preise sich vor allem als Festgeschenke für Ostern eignen.

Bernhard Conz und Hans Bork haben für ihren Abend auf zwei Klavieren, der morgen Mittwoch, den 28. März, abends 8 Uhr, im Künstlerhaussaal stattfinden wird, eine äußerst interessantes und abwechslungsreiche Vortragsfolge gewählt. Hoffentlich werden die beiden talentvollen Künstler einen vollbesetzten Künstlerhaussaal antreffen. Karten sind im Vorverkauf bei der Konzertdirektion Kurt Neufeldt, Waldstraße 39, zu haben.

Badisches Landestheater. Die nächste Wiederholung von **„Liliom",** der Vorstadtlegende von Franz Molnar, findet am Mittwoch, den 28. März statt. Ibsens **„Kronprätendenten"** gelangen am Samstag, den 31. März zur zweiten Aufführung. Im Konzerthaus wird am Sonntag, den 1. April Meyer-Försters unverwüstliches Schauspiel **„Alt-Heidelberg"** in Szene gehen. Als nächste Erstaufführung ist für Samstag, 7. April, Gerh. Hauptmanns saftiges Schauspiel „Fuhrmann Henschel vorgesehen. Donnerstag, den 29. März Bizets Oper **„Carmen".** Freitag, den 30. März **„Der Freischütz".** Für die beiden Osterfeiertage befindet sich Richard Wagners Bühnenweihspiel **„Parsifal"** mit Lilly Hafgren als Gast in der Rolle der Kundry in Vorbereitung.

Kurze Nachrichten aus Baden

DZ. **Ettlingen,** 27. März. Durch **Entgleisung eines Wagens** wurden heute früh um ½7 Uhr bei der hiesigen Reichsbahnstation **beide Hauptgleise gesperrt.** Die Züge 933 und 888 mußten über Nebengeleise und der Schnellzug 908 von Karlsruhe über Durmersheim geleitet werden. Um ½8 Uhr war die Verkehrsstörung beseitigt. Materialschaden ist nicht entstanden.

DZ. **Ettlingen,** 27. März. Wegen starken Auftretens der **Grippe** mußte die hiesige Aufbauschule gestern geschlossen werden. Mehr als die Hälfte der im Internat befindlichen Kinder sind erkrankt.

WTB. **Frankenthal,** 26. März. In dem Bestechungsprozeß **Wagner,** in dem sich 15 Angeklagte zu verantworten haben, wurde heute abend nach vierwöchiger Verhandlung gegen den Hauptangeklagten Wagner **Strafantrag** gestellt. Insgesamt wurden für Wagner 4 Jahre Gefängnis unter Anrechnung der einjährigen Untersuchungshaft gefordert, die sich auf die Fälle des Betrugs zum Nachteile des Reiches, Beamten- und Angestelltenbestechung verteilen, außerdem wurde eine Geldstrafe von 20 000 *RM* beantragt, die hilfsweise in eine Freiheitsstrafe umzuwandeln ist. Gegen die Mitangeklagten beantragte der Staatsanwalt Strafen bis zu 1½ Jahren.

Verschiedenes

Ein deutscher Ozeanflug

Hauptmann a. D. **Köhl** ist am Montag vormittag mit dem Junkerflugzeug „D 1167" (der früheren Bremen) in Berlin nach Irland aufgestiegen und nachmittags auf dem Flugplatz Baldonnel in Irland gelandet. Die Strecke Berlin—Baldonnel beträgt 1600 Kilometer, so daß das Flugzeug eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 170 Kilometer in der Stunde erreicht hat. Köhl will von Baldonnel aus sobald als möglich starten, um über Neufundland möglichst ohne Zwischenlandung den Flugplatz Mitchel Field bei New York zu erreichen. Als Veranstalter des Fluges wird außer Freiherr v. Hühnefeld, dem Eigentümer der Maschine, der mitfliegt, ebenso wie ein Herr Spindler, auch der Norddeutsche Lloyd genannt. Köhl ist vor Antritt seines Fluges endgültig aus der Lufthansa ausgeschieden, nachdem in den letzten Tagen eine Auseinandersetzung zwischen der Direktion der Lufthansa und ihm erfolgt war. Die Lufthansa sei der Ansicht, daß ein Transozeanflug von Kontinent zu Kontinent nur mit Flugbooten ausgeführt werden könne.

WTB. **Neuyork,** 27. März. (Tel.) Die Blätter berichten denkbar ausführlich über alle Einzelheiten des Fluges der **„Bremen"** nach Irland. Nach den letzten aus Dublin kommenden Nachrichten erwartet man, daß die „Bremen" den Flug über den Atlantik erst am Mittwoch beginnt, es sei denn, daß der Dienstag dann ungewöhnlich günstige Wetterverhältnisse verspricht. Der vom Washingtoner amtlichen Wetterbüro angekündigte Sturm schreitet vom Erie-See in der Richtung auf Neu York und Maine fort und hat jetzt eine große Heftigkeit erreicht.

Einbruch in die jugoslawische Gesandtschaft

M. **Berlin,** 27. März. (Priv.-Tel.) **Einbrecher** sind gestern unter dem Vorgeben, Beamte des Elektrizitätswerks zu sein, in die **jugoslawische Gesandtschaft** eingebrochen und haben dort Juwelen, allerdings nicht solche höchsten Wertes, erbeutet.

Einsturz eines Turmes aus dem Jahre 800

WTB. **Paris,** 27. März. (Tel.) In **Tours** stürzte gestern ein im Jahre 800 n. Chr. erbauter Turm ein, der, wie man sagt, die Grabstätte Hildegards, einer der Frauen Karls des Großen, bergen soll. Zwei neben ihm liegende Häuser wurden durch den Einsturz stark beschädigt. Menschen sind nicht zu Schaden gekommen, da im Hinblick auf die Einsturzgefahr sämtliche Vorsichtsmaßnahmen getroffen waren.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	28. März Geld	28. März Brief	27. März Geld	27. März Brief
Amsterdam 100 G.	168.24	168.58	168.34	168.68
Kopenhagen 100 Kr.	111.96	112.19	111.99	112.21
Italien . . 100 L.	22.08	22.125	22.085	22.125
London . . 1 Pfd.	20.395	20.433	20.398	20.438
New York . 1 D.	4.1775	4.1850	4.1780	4.1860
Paris . . 100 Fr.	16.445	16.485	16.445	16.485
Schweiz . . 100 Fr.	80.505	80.665	80.485	80.645
Wien 100 Schilling	58.78	58.90	58.78	58.90
Prag . . . 100 Kr.	12.38	12.40	12.38	12.40

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Künstlerhaus
Morgen Mittwoch, **28.** März, 8 Uhr
Konzert auf 2 Klavieren
Bernhard Hans
CONZ-BORK
Werke von Händel, Mozart, Saint-Saëns, Strawinsky, Brahms und Schubert
Die beiden Ibach-Flügel stellt H. Maurer
Karten zu 4, 3, 2 und 1 RM bei 363
Kurt Neufeldt
Waldstr. 39, Tel. 2577

Werbewoche für die Beamtenschaft
Schreibmaschine Orga-Privat
15 RM monatlich, ohne Anzahlung, mit 4% Werberabatt, jedoch nur bis 31. März
Generalvertretung u. Fabriklager
A. Ströble, Karlsruhe
Postfach 69 410

GALERIE MOOS
Bis 10. April 1928
Neue Sonder-Ausstellung
Albrecht Dürer
sowie Oster-Gemäldeschau
Freier Eintritt 417
bei Vorzeigen dieses Inserats

Viehmarktordnung der Stadt Durlach.

Nachstehend bringen wir die mit Erlaß des Herrn Landeskommissärs vom 20. März 1928 für vollziehbar erklärte ortspolizeiliche Vorschrift, die Viehmarktordnung für die Stadt Durlach betr., zur öffentlichen Kenntnis.

Auf Grund des § 69 und 70 der Reichsgewerbeordnung, § 17 des Viehseuchengesetzes vom 26. 6. 1909, § 12 und 48 der Ausführungsvorschriften des Bundesrats zum Viehseuchengesetz vom 7. 12. 1911, § 30 und 31 der Bad. Vollzugsverordnung zum Viehseuchengesetz vom 29. 4. 1912, § 90 und 95 Bad. Polizeistrafgesetzbuch und § 366 Ziffer 10 Reichsstrafgesetzbuch wird mit Zustimmung des Stadtrats der Stadt Durlach nach Vollziehbarerklärung durch Erlaß des Herrn Landeskommissärs vom 20. 3. 1928 unter Aufhebung aller bisher ergangener Vorschriften mit sofortiger Wirkung für den Gemeindebezirk der Stadt Durlach als ortspolizeiliche Vorschrift folgende

Viehmarkt-Ordnung

erlassen: M. 815

§ 1.

Die Rindviehmärkte finden jeweils am 4. Mittwoch des Monats statt. Fällt ein christlicher oder israelitischer Feiertag auf einen solchen Mittwoch, so wird der Markt an dem darauffolgenden Donnerstag abgehalten. Eine anderweitige Verlegung des Marktes auf einen anderen Tag wird jeweils in den Tageszeitungen rechtzeitig bekanntgegeben werden.

§ 2.

Der Schweinemarkt findet jeden Samstag statt. Fällt auf diesen Tag ein Feiertag, so wird der Markt am Werktag vorher abgehalten.

§ 3.

Die Rindvieh- und Schweinemärkte werden auf den vom Stadtrat der Stadt Durlach jeweils dafür bestimmten Plätzen abgehalten; zur Zeit findet der **Rindviehmarkt** auf dem Platz beim Gasthaus „zum Waldhorn", der **Schweinemarkt** auf den Weiherwiesen (Schloßstraße) statt.

An Tagen, an denen ein Rindvieh- oder Schweinemarkt stattfindet, ist der Handel mit Rindvieh oder Schweinen außerhalb des Marktplatzes den ganzen Tag über bis zur Beendigung des Marktes verboten. Außerhalb des Marktplatzes dürfen daher während dieser Zeit Rindvieh bzw. Schweine nicht aufgestellt werden.

§ 4.

Der **Rindviehmarkt** beginnt in den Monaten Januar, Februar, November, Dezember um 8 Uhr bzw. Tagesanbruch, März, April, September, Oktober um 7 Uhr, Mai, Juni, Juli, August um 6 Uhr morgens.

Die Zufuhr der Tiere auf den Marktplatz erfolgt von 6 bis 8 Uhr morgens.

§ 5.

Der **Schweinemarkt** beginnt in den Monaten April bis einschl. September um 7 Uhr, in den übrigen Monaten um 8 Uhr vormittags bzw. mit Tagesanbruch.

Der gewerbsmäßige Einkauf von Schweinen auf dem Markt durch Händler darf in den Monaten April bis einschl. September erst von 8 Uhr und in den übrigen Monaten erst von 9 Uhr vormittags an stattfinden. Die Zufuhr auf den Schweinemarkt darf frühestens 1 Stunde vor festgesetztem Marktbeginn erfolgen und endigt nach dem gemäß § 6 angezeigten **Marktbeginn.**

§ 6.

Anfang und Ende der Marktzeiten **werden** durch Glockenzeichen angezeigt.

§ 7.

Der Durchgangsverkehr über die **Marktplätze** ist für die Zeit von einer Stunde **vor dem in § 4 und 5** angesetzten Marktbeginn bis **zum Ertönen** des den Beginn des Marktes anzeigenden Glockenzeichens verboten.

Vor dem durch Glockenzeichen angezeigten **Marktbeginn** dürfen nur solche Personen den **Marktplatz** betreten, welche Tiere zuführen, oder dienstlich auf dem Marktplatz beschäftigt sind.

An Tagen, an welchen ein Rindviehmarkt stattfindet, ist das Betreten der Verladerampe des Bahnhofs Durlach, auf der die Untersuchung des mit Zügen zum Markt angefahrenen Viehs durch den Bezirkstierarzt erfolgt, solange nicht die ganze Untersuchung im Auftrage des Bezirkstierarztes durch die den Zutritt zur Verladerampe bewachenden Polizeibeamten als beendigt erklärt ist, nur solchen Personen gestattet, die nachweislich bei der Untersuchung mitzuwirken haben.

Ausgenommen von dem in Absatz 1 und 2 aufgestellten Verbot — soweit es den Schweinemarkt betrifft — ist nur der Durchgangsverkehr zur Milchzentrale.

§ 8.

Das Mustern und Begreifen der Tiere **vor** bezirkstierärztlicher Untersuchung und Zulassung ist verboten.

§ 9.

Nur vollkommen unverdächtige Tiere dürfen zum Markte gebracht werden. Der Zutrieb von Tieren, die sichtlich seuchenkrank, oder seuchenverdächtig, oder bösartig sind, ist verboten.

Insbesondere darf Rindvieh erst nach erfolgter Untersuchung und Zulassung durch den Bezirkstierarzt auf den Marktplatz selbst verbracht werden. Zur Kontrolle werden fortlaufend numerierte Karten, auf denen zugleich das zu entrichtende Standgeld bezeichnet ist, ausgegeben.

§ 10.

Die zum Markt gebrachten Tiere müssen durch erwachsene Personen geführt und beaufsichtigt werden.

Rindvieh, das mit der Bahn ankommt, darf nur durch den der Laderampe gegenüberliegenden Eingang, und Rindvieh, das zu Fuß angetrieben wird, nur durch den Eingang von der Bahnhofstraße her auf den Marktplatz gebracht werden.

Für das zu Fuß angelieferte Rindvieh vor und während des Rindviehmarktes bleibt die Pfinzstraße abgesperrt und zwar vom Industriegleis ab bis zum Bahnhof.

Der Abtrieb hat durch die gleichen Eingänge zu erfolgen wie der Zutrieb.

§ 11.

Auf dem Marktplatz selbst sind die Tiere reihenweise aufzustellen. Das Mitbringen von Hunden auf den Marktplatz ist untersagt, ebenso ungebührliches Zanken und Schreien.

Untersagt ist ferner die Ansammlung von Personen am Eingang zum Marktplatz, sowie das Verkaufen von Eß- und anderen Waren auf dem Platze und den diesen umgebenden Straßen.

§ 12.

Wer den Anordnungen des Bezirkstierarztes oder der die Aufsicht führenden Polizeibeamten zum Vollzug dieser Marktordnung nicht Folge leistet, kann vom Marktplatz und dessen nächster Umgebung weggewiesen werden.

§ 13.

Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften der §§ 3 Absatz 2, 5 Absatz 3 sowie § 10 Absatz 2 und 3 werden gemäß § 76 Ziffer 1 des Viehseuchengesetzes, Zuwiderhandlungen gegen §§ 7 Absatz 2, 8 und § 9 gemäß § 90 Polizeistrafgesetzbuch jeweils an Geld bis zu 150 RM oder mit Haft, Zuwiderhandlungen gegen § 7 Absatz 1 gemäß § 366 Ziffer 10 Reichsstrafgesetzbuch an Geld bis zu 60 RM oder mit Haft bis zu 14 Tagen und gegen die übrigen Bestimmungen gemäß § 149 Absatz 1 Ziffer 6 Gewerbeordnung an Geld bis zu 30 RM, oder mit Haft bis zu 8 Tagen bestraft.

Karlsruhe, den 23. März 1928. O.Z. 22

Bad. Bezirksamt. — Polizeidirektion.

Polizeibeamtenstelle.

Bei der **Stadtgemeinde Walldorf (Baden)** ist auf sofort eine planmäßige

Schutzmannstelle

in Gruppe III alter (10a neuer) Besoldungsordnung zu besetzen. H. 413

Mangels Ausnahmebewilligung durch den Herrn Minister des Innern kommen nur Bewerber in Frage, die die staatliche Polizeischule mit Erfolg besucht oder eine vom Ministerium des Innern festgesetzte Mindestdienstzeit in der staatlichen Ordnungspolizei oder bei der Gendarmerie zurückgelegt haben.

Bewerber, die den Voraussetzungen des § 17 des Pol.-Ges. entsprechen, wollen Bewerbungen mit Lebenslauf, beglaubigten Zeugnisabschriften und Lichtbild **bis spätestens 2. April 1928** anher einreichen.

Walldorf (Baden), den 24. März 1928.

Der Bürgermeister:
Trunk.

M. 809. **Karlsruhe.** In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Bad. Herdfabrik E. Köpfer A.-G. vorm. Karl Ehreiser** in Karlsruhe wurde die Schlußverteilung genehmigt und das Honorar des Konkursverwalters auf 10 262 RM 21 Rpf Gebühren und 230 RM Auslagen festgesetzt. Termin zur Abnahme der Schlußrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis und zur Beschlußfassung über die nicht verwertbaren Vermögensstücke ist bestimmt auf **Freitag, den 13. April 1928, vormittags 11 Uhr,** Zimmer Nr. 252, 3. Stock. Karlsruhe, 23. März 1928.

Geschäftsstelle Bad. Amtsgericht A I.

M810. **Karlsruhe.** Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns **Otto Lussi, hier,** wurde nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben. Karlsruhe, 17. März 1928.

Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 4.

M. 807. **Lahr.** Gegen **Karl Arnold,** Inhaber der Firma Lahrer Zuckerwarengroßhandlung Karl Arnold in Lahr ist ein allgemeines **Veräußerungsverbot erlassen.** Es ist ihm untersagt, über seine Vermögensstücke in irgendeiner Weise zu verfügen, insbesondere Waren und andere Gegenstände zu veräußern oder Forderungen einzuziehen, zu übertragen, zu erlassen oder auf sie zu verzichten oder Schulden aus seinem Vermögen zu bezahlen.

Lahr, 22. März 1928.

Bad. Amtsgericht II.

Papierholz-Vorverkauf.

Das **Forstamt St. Blasien** verkauft den diesjährigen Anfall an Papierholz in den Domänenwaldungen, geschätzt i. g. auf 3700 Ster, in 12 Losen. Angebote werden bis **Mittwoch, den 11. April 1928, vormittags 11 Uhr,** angenommen. Der Bieter bleibt 5 Tage an sein Gebot gebunden. Losverzeichnisse und Auskunft vom Forstamt. M. 828

Freihändiger

Nutzholz-Verkauf.

Forstamt Lahr, Freitag, den 30. März, mittags 12 Uhr: 550 fm Nadel-, 120 fm. Forlen-, 9 fm. Lärchen-, 55 fm Buchen-, 150 fm Eichenstammholz. Angebote in ganzen Prozenten der L.G.Pr. 27. Losverzeichnisse durch das Forstamt. M. 817.

Für den **Umbau eines Bahnsteigtunnels** im Personenbahnhof Mannheim Aushub 1900 cbm, Betonabbruch 60 cbm, Beton 820 cbm, Neckartalsandsteinquader 25 cbm, Granittreppenstufen 320 lfd. Meter, Eisenbearbeitung 3500 kg nach der Verdingungsordnung für Bauleistungen 1926 öffentlich zu vergeben. Pläne und Bedingnisheft liegen auf Zimmer 21, Joseph-Keller-Str. 6, zur Einsicht auf. Daselbst Abgabe der Leistungsverzeichnisse samt Bauwerkszeichnung gegen 3 RM. Angebote verschlossen mit Aufschrift „Bahnsteigtunnel Mannheim" bis zum Eröffnungstermin am **5. April, 10 Uhr,** postfrei hierher einreichen. Zuschlagsfrist drei Wochen. Mannheim, 22. März 1928.

Reichsbahnbauamt Mannheim 2. M. 866

Straßenpflasterung.

Nach der Verordnung des Finanzministeriums vom 20. Januar 1928 — Verdingungsverordnung für Bauleitungen (VOB) — sind durch öffentliche Verdingung zu vergeben:

1. in 5 Losen die Lieferung frei Verwendungsstelle von
   a) 40 Tonnen Granitpflastersteine II. Klasse nach Achern,
   b) 1600 lfd. m Stellsteine aus Granit auf die Strecke bei Sinzheim,
   c) 1630 lfd. m Stellsteine aus Sandstein auf die Strecke bei Sinzheim;
2. die Anlage des Pflasterfundamentes u. die Herstellung von 4400 qm Klein- und Rinnenpflaster in Achern in 2 getrennten Losen.

Angebote mit Benützung der vorgeschriebenen Vordrucke, die beim Bauamt gegen Barvergütung von 50 Rpf für das Stück erhältlich sind, wollen postfrei u. mit der Aufschrift „Angebot auf Straßenpflasterung" versehen, bis spätestens **Mittwoch, den 11. April 1928, vormittags 9 Uhr,** an das Bauamt, bei dem die Pläne und Bedingungen vom 29. März ab auf Zimmer Nr. 7 zur Einsicht aufliegen, eingereicht werden. Nach auswärts werden Pläne und Bedingnishefte nicht abgegeben. M. 818.2.1

Zuschlagsfrist 4 Wochen.

Achern, 24. März 1928.

Wasser- und Straßenbauamt.

Schopfheim. M. 804

Güterrechtsregistereintrag Band I Seite 341: **Linsin,** Wilhelm, Maurer in Wehr, und Luise geb. Trefzger. Vertrag vom 6. März 1928. Gütertrennung.

Schopfheim, 20. März 1928.

Bad. Amtsgericht.

Überlingen. M. 805

Güterrechtsregister Bd. II Seite 236: **Kugler,** Franz Josef, Landwirt in Rickenbach, und Maria geb. Mayer. Vertrag vom 3. März 1928. Gütertrennung. 20. März 1928.

Bad. Amtsgericht Überlingen.

Volksschauspiel Otigheim
Wiederholung des Messespiels
DAS GROSSE OPFER
in der Festhalle in Karlsruhe am Mittwoch, 28. März, abends 8 Uhr
Kartenauflage wie für die ersten Aufführungen in allen Vorverkaufstellen 414

Oeffentliche Sparkasse Oestringen.

Rechnungsabschluß per 31. Dezember 1926.

Vermögen	RM
1. Konto-Korrent-Darlehen	253 676,49
2. Schuldschein- und Hypothekendarlehen	265 103,60
3. Wechseldarlehen	16 570,52
4. Zinsrückstände	13 954,73
5. Kassenvorrat	12 413,36
6. Postscheckguthaben	7 386,97
7. Gebäude	7 000,—
8. Gerätschaften	1,—
	576 106,67

Schulden	RM
1. Spareinlagen	257 406,62
2. Giroeinlagen	168 370,41
3. Aufgenommene Kapitalien	69 008,31
4. Sonstige Kapitalschulden	10 305,—
5. Aufwertungskonto	11 688,35
6. Rücklage	59 327,98
	576 106,67

Gewinn- und Verlustrechnung

Verlust	RM
1. Zinsenverpflichtungen	37 748,43
2. Verwaltungsaufwand, sächlicher und persönlicher	15 703,86
3. Reingewinn	12 735,88
	66 188,17

Gewinn	RM
1. Zinsen v. Aktivkapitalien	65 162,73
2. Sonstige Einnahmen	1 025,44
	66 188,17

Oestringen, den 30. Dezember 1926. M. 790

Der Vorstand: Heinzmann. **Der Kontrolleur:** R. Fellhauer **Der Rechner:** F. Förderer.

Oeffentliche Sparkasse Unterschüpf.

Bilanz auf 31. Dezember 1927.

Vermögen.	RM
1. Kassenbestand	1 027,26
2. Guth. bei Banken, Girozentrale u. Postscheckamt	4 859,52
3. Darlehen auf Hypothek	101 710,71
4. Darlehen in laufender Rechnung an Private	28 760,75
5. Darlehen auf Schuldschein	87 701,90
6. Verm. von Landw. Zwischenkredit	9 840,00
7. Einnahmerückstände	5 225,80
8. Aufwertungsstock	381,05
9. Gerätschaften	350,00
	239 856,99

Schulden.	RM
1. Spareinlagen	176 647,86
2. Giro- und Konto-Korrenteinlagen	15 915,92
3. Anlehens- und andere Schulden	24 934,57
4. Girozentrale Mannheim (Reichszwischenkredit)	9 840,00
5. Ausgaberückstände	443,99
6. Rücklagen	
a) gesetzl. Reservefond	2 418,26
b) Aufwertungsstock	5 772,89
7. Reingewinn v. Jahre 1927	3 883,50
	239 856,99

Berechnung der Rücklagen:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
5% 192 563 RM Einlagen . . . . . 9 628,15 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1927 . 6 301,76 RM
somit weniger . . 3 326,39 RM

Unterschüpf, den 19. März 1928. M. 778

Der Verwaltungsrat.

Badisches Landestheater
Mittwoch, 28. März 1928
* E 21 Th.-Gem. 901—1000 und 3. S.-Gr. (2. Hälfte)
Liliom
von Molnar
In Szene gesetzt von Felix Baumbach

Liliom	Leitgeb
Julie	Bertram
Marie	Rademacher
Frau Muscat	Ermarth
Luise	Quaiser
Frau Hollunder	Ziegler
Fiscur	Brand
Hollunder	Graf
Beifeld	Kloeble
Drechsler	Gemmecke
Linzmann	Schulze
Stadthauptmann	Herz
Berkovics	Schneider
Polizeikonzipist	Höcker
Schutzmann	Mehner
Berittene Polizisten	Prüter, Kuhne
Polizist	von der Trenck
Detektive	Prüter, Kuhne
Arzt	Kienscherf
Dr. Reich	von der Trenck
Kádár	Müller

Anfang 20 Ende nach 22½
I. Rang und I. Sperrsitz 5 RM
Do. 29. März: **Carmen.**
Fr. 30. März: **Der Freischütz**

Druck G. Braun, Karlsruhe